

Redemanuskript des Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Michael Weichert zur Abschöpfung der Zusatzgewinne bei den Energieversorgern, DS 4/5101, 48. Sitzung des Sächsischen Landtages, 10. Mai 2006, TOP 12

Michael Weichert: volkswirtschaftlicher Schaden durch Zusatzgewinne bei Energieversorgern

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren,

unsere Fraktion hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass unsere energiepolitischen Initiativen an der Koalition nicht folgenlos vorbeigehen. Die CDU-Fraktion hat sich auf ihrer Klausur im März in Zinnwald für ein Verbot der Einrechnung kostenlos erteilter Emissionszertifikate in die Kostenkalkulation der Stromerzeuger ausgesprochen. Das ist dann auch so in den beschlossenen Antrag der Koalition mit der Drucksachennummer 4331 eingeflossen. Wir stimmen CDU und SPD zu, diese Zusatzgewinne sind nicht nur ein großes Ärgernis, sondern ein volkswirtschaftlicher Schaden. Gerade einmal ein Drittel der deutschen und weniger als 10% der sächsischen Stromproduktion werden auf Basis von Energieträgern erzeugt, deren Preise auf den Weltmärkten gestiegen sind. Dennoch sind in den letzten drei Jahren die Strompreise überproportional in die Höhe gegangen. Die Ursachen dafür liegen ausschließlich in fiktiven Kosten, die die Energieversorger in ihre Kalkulationen einfließen lassen. Wenn sich die Koalition, wie geschehen, für ein Verbot ausspricht, erkennen CDU und SPD damit an, dass diese Opportunitätskosten unrechtmäßig den Verbrauchern und der Wirtschaft aufgelastet wurden und – geht man nach dem Entwurf des Nationalen Allokationsplans – auch in Zukunft anfallen werden. Sehr geehrter Herr Hähle, sehr geehrte Herr Weiss, wenn hier Gewinne unrechtmäßig von der Stromwirtschaft eingefahren wurden, dann sollten wir das von Ihnen angestrebte Verbot ergänzen und – wie das unser Antrag vorsieht – abschöpfen.

Welche Gewinne angefallen sind, lässt sich aus den Konzernbilanzen entnehmen. Unser heimischer Versorger Vattenfall weist aktuell einen Gewinn von 1,3 Milliarden Euro aus. 1,3 Milliarden Euro – nicht als Jahres-, sondern als Quartalsgewinn von

Januar bis März 2006. Und im letzten Jahr, das konnten wir gerade den Zeitungen entnehmen, hatte sich das ausgewiesene Ergebnis gegenüber dem Jahr 2004 in Deutschland bereits verdoppelt.

Geradezu dreist ist das Verhalten der Großkonzerne, die damit argumentieren, ihre Gewinnmaximierung sei politisch gewollt. So können wir auf der Seite des RWE-Konzerns lesen: (Zitat) „Dass die CO₂-Zertifikate zunächst einmal kostenlos zugeteilt wurden, ist zwar richtig. Doch nur dann, wenn die Zertifikatepreise in die Bildung des Stromgroßhandelspreises einfließen, kann ein marktwirtschaftlicher Lenkungseffekt erzielt werden – unabhängig von der Art der Zuteilung. Das war politisch gewollt, um Anreize für eine CO₂-Reduzierung zu geben.“

Die vier großen Konzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall fahren über die Zertifikate pro Jahr Zusatzprofite ein, die sich im ersten Allokationszeitraum 2005 bis 2007 jährlich auf eine Summe zwischen sechs bis acht Milliarden Euro belaufen dürften. Das ist ziemlich genau die Größenordnung, die einem Prozentpunkt bei der Mehrwertsteuer entspricht. Immer wieder hören wir aus Berlin, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 um drei Prozentpunkte beschlossene Sache sei. Mit einer Abschöpfung der Sondergewinne aus dem CO₂-Zertifikats-Handel könnte zumindest die Erhöhung auf zwei Punkte vorerst begrenzt werden. Das fiel noch leichter, wenn die Bundesregierung nicht – wie geplant – die Zertifikate verschenkt, sondern einen Anteil von 10% versteigert. Das brächte bei einer Menge von 50 Mio. Tonnen CO₂ noch einmal eine Milliarde Euro in die Bundeskasse.

Mit der Abschöpfung würden die Sondergewinne auch über den Erlass der Mehrwertsteuer denen zu Gute kommen, die sie bezahlt haben – den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes.

Meine Damen und Herren von CDU und SPD, im Frühjahrsgutachten haben Ihnen die Wirtschaftsinstitute noch einmal bescheinigt, wie giftig die Mehrwertsteuererhöhung für die Konjunktur sein wird. Die Prognose sieht für dieses Jahr ein Wachstum der Wirtschaft von 1,8 % voraus, im nächsten Jahr einen Rückgang auf 1,2%. Konjunktur dämpfend wirken sich schon jetzt die hohen Energiepreise aus. Steigende Preise für Strom, Heizöl, Gas und Benzin vereint mit der Mehrwertsteuererhöhung: Das könnte auch eine Vollbremsung werden.

Unser Antrag greift Ihre Anregung eines Verbots der Einrechnung kostenlos zugeteilter Zertifikate auf und denkt das Argument konsequent zu Ende. Wenn im Bundeshaushalt

Geld fehlt, sollten Sie es von denen nehmen, die es sich zu Unrecht angeeignet haben und nicht von denen, die schon belastet wurden. Wenn Sie unseren Antrag heute beschließen und daraus eine Bundesratsinitiative machen, können Sie auf elegantem Weg zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und Herrn Steinbrück die Arbeit erleichtern und die Argumente der Wirtschaftsforschungsinstitute ernst nehmen.

Es wäre übrigens nicht das erste Mal in der Geschichte, dass unrechtmäßige Gewinne eingezogen werden. 1997 hat das die Labour-Regierung in Großbritannien bereits durch die Windfall-Tax praktiziert.

Die Abschöpfung von Gewinnen muss im Ordnungsgefüge der Sozialen Marktwirtschaft die absolute Ausnahme sein und bleiben. Im vorliegenden Fall ist die Handhabung der Ausnahme aber ein gebotener Beitrag, ein nicht vorhandenes Marktgeschehen und damit Wettbewerbsverzerrungen sowie die unrechtmäßige Belastung der Allgemeinheit auszugleichen.

Politisch gewollt war ursprünglich, dass über den CO₂-Zertifikatshandel eine nennenswerte Entlastung bei den CO₂-Emissionen erreicht wird. Wir müssen nun feststellen, dass wir keinen Zentimeter weiter gekommen sind, dieses umweltpolitische Ziel zu erreichen. Im Gegenteil: Zu den großen Gewinnern im Spiel gehören die Unternehmen, die Braunkohlekraftwerke betreiben. Ausgerechnet die Energieform, die für die höchste CO₂-Belastung sorgt, wird durch kostenlose Zertifikate und das Geschehen auf den internationalen Rohstoffmärkten bevorteilt. Von der beabsichtigten Lenkungswirkung des CO₂-Handels sind wir weit entfernt, weil die Rahmenbedingungen offensichtlich falsch gesetzt wurden. Dass Vattenfall in dieser Woche bekannt gab, im Aufsichtsrat sei die Entscheidung gefallen, ein neues Braunkohlekraftwerk in Boxberg zu bauen, ist ein sicheres Indiz für diese fehlerhafte Rahmensetzung. Für das Klima ist diese Entscheidung eine Katastrophe. Wirtschaftlich bringt sie uns keinen Zentimeter weiter, denn es entstehen nur wenige Arbeitsplätze und die Strompreise in Sachsen sind deutschlandweit die höchsten und werden es wohl auch bleiben.

Jetzt wäre es in einem ersten Schritt richtig, dem bösen Spiel der Energieversorger ein Ende zu setzen und der Volkswirtschaft das zurück zu geben, was ihr gehört. Ich rechne mit der Zustimmung der Koalition und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.